

21. SEP. 1



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Berufsregister.

An die Verbandsmitglieder!

In seiner Sitzung vom 16. September hat der Vorstand einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:
Die Unterstützungsdauer für alle bezugsberechtigten arbeitslosen Mitglieder wird

von 10 auf 15 Wochen verlängert.

Die bereits ausgetretenen Mitglieder erhalten ab 26. September auf weitere 5 Wochen die ihnen zustehende Arbeitslosenunterstützung nach den zur Zeit geltenden Sätzen.

Um die durch vorstehende Unterstützungsverlängerung entstehenden gewaltigen Mehrausgaben einigermaßen zu decken und eine bei längerer Kriegsdauer eventuell notwendig werdende weitere Verlängerung der Unterstützung eintreten lassen zu können, ist die Erhebung von Extrabeiträgen von allen in Arbeit stehenden Mitgliedern notwendig geworden. Dieser Extrabeitrag beträgt bei einem Wochenverdienst

bis 12 Mark	20 Pfennig
über 12 bis 20 Mark	30 "
über 20 Mark	50 "

Der Extrabeitrag ist erstmalig am 26. September zu leisten und ist dann allwöchentlich bis auf weiteres mit dem laufenden Beitrag zugleich zu bezahlen. Für die Extrabeiträge werden ebenfalls Beitragsmarken ausgegeben, die in das Mitgliedsbuch einzukleben sind.

Für Restanten von Extrabeiträgen gelten dieselben Bestimmungen wie bei den regulären Beiträgen.

Arbeitslose Mitglieder, die mehr als 3 Mark wöchentlich Unterstützung beziehen, haben ab 26. September einen wöchentlichen Beitrag von 20 Pfg. zu bezahlen, der von der Unterstützung in Abzug gebracht wird.

Ueber die Handhabung dieser Bestimmungen durch die Ortsverwaltungen ergehen genaue Anweisungen durch ein Rundschreiben.

Der Vorstand.

J. H.: Paula Thiede.

Für die Woche vom 20. bis 26. September 1914 ist die Beitragsmarke in das mit 39 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Aufbau anstatt Auflösung.

Das führende Organ der deutschen Gewerkschaftsbewegung, das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission, macht eingangs einer Artikelserie über den Krieg und die sozialen Pflichten folgende interessante Ausführungen:

„Wenn wir bisher gewöhnt waren, den Krieg lediglich unter dem Gesichtswinkel der gesellschaftszerstörenden Kräfte zu betrachten und ganz besonders von einem künftigen drohenden Weltkrieg nur die eine Vorstellung hatten, daß er die Auflösung alles Bestehenden bedeute, so haben die Tatsachen uns eines anderen belehrt. Der Krieg schafft Situationen, die nicht gesellschafts-auslösend, sondern in hohem Maße gesellschafts-fördernd wirken, die in allen Volkskreisen in ganz ungeahntem Maße soziale Kräfte wecken und sozialfeindliche Bestrebungen eliminieren. Sie wirken nicht zersetzend, sondern einigend und stellen ein großes, einheitliches Volksganzes her, das von dem gleichen Selbsterhaltungsinteresse, von demselben Drang, sich zu behaupten und siegreich durchzusetzen, befeuert wird. Ob man solche Kriege als populäre Kriege, Volkskriege, nationale Erhebungen bezeichnet, erscheint unwesentlich.

Wesentlich dagegen ist, daß die Notwendigkeit oder Unabwendbarkeit einer Entscheidung durch die Waffen von allen Volksschichten in gleichem Maße erfährt und anerkannt wird und daß der Krieg als eine nationale Pflicht empfunden wird, der sich kein Wehrfähiger entziehen darf, ohne sich an der Gesamtheit zu veründigen.

In diesem Stadium ist aber der Krieg eine Angelegenheit des ganzen Volkes, und er ist wie kaum irgendein anderes Ereignis geeignet, sozialistisch zu wirken. Vor der schweren Gefahr der feindlichen Gewalten treten alle anderen Fragen des inneren nationalen Lebens zurück. Der Krieg im Frieden, der wirtschaftliche Krieg des freien Wettbewerbs, der Kampf aller gegen alle, der Kampf von Klasse gegen Klasse verstummen, solange äußere Feinde das Gemeinwesen bedrohen. Die höhere Einheit, das nationale Gesamtinteresse ist das Band, das alle zusammenfesselt. Diese Einheit fordert jedoch die unbedingte Hingabe an das kämpfende Vaterland, die weitgehendste Solidarität aller Volksgenossen und die uneigennützigste Förderung alles dessen, was die Widerstandskraft und Selbsterhaltungskraft der eigenen Nation stärkt. Privater Eigennutz wird in diesen Tagen als ein Verbrechen an der Nation, als „unpatriotisch“ gebrandmarkt, und es fließt ein gewaltiges Stück Kraft in dieser Sozialmoral eines Volkes, das sich seiner Haut wehrt und hundertmal empfindlicher als sonst gegen alles ist, was seine Schlagfertigkeit stört. Ein Volk in

Kriege muß sozialistisch empfinden, aber auch sozialistisch denken und handeln, besonders ein Volk, das die allgemeine Wehrpflicht zur Grundlage seiner Selbsterhaltung gemacht hat. Sozialistisch denken — das heißt: sich bewußt sein, daß nicht die privaten Interessen und Vorteile der einzelnen den Sieg der Nation gewährleisten, sondern daß nur das Aufgehen des einzelnen im Gesamtwohl dem Volke die Kräfte verleiht, mit seinen Feinden fertig zu werden. Sozialistisch handeln — das heißt: das Bewußtsein sozialer Pflichterfüllung bergestalt zur einmütigen Tat werden lassen, daß alle gemeinschädlichen Auswüchse egoistischer Interessen unterdrückt werden, die soziale Pflichterfüllung organisieren! Organisation ist die Seele jeder nationalen Verteidigung. Was wäre der Krieg ohne Organisation? Man mag die Ueberlegenheit der Bewaffnung, der Waffen, der körperlichen oder geistigen Konstitution, der Verpflegung, die Hunderte von Vorkämpfern, die jedes Volk über seine Segner zu besitzen wähnt, rühmen, — im Kriege siegt allein das Volk, das die beste Organisation hat und sie zu meistern versteht. Und besonders in diesem Kriege offenbart sich die Ueberlegenheit der deutschen Organisation in allen Zweigen der Kriegskunst und auf allen Schauplätzen des Krieges. Eine ungeheure Organisationsarbeit offenbart sich in der Bewaffnung, Bekleidung und Mobilmachung der Truppen, in der Dirigierung dieser Massenheere, in der Lebensmittelver-

Jorgung, in den Einrichtungen der Feldpost und Verwundetenpflege. Trotz der Verzögerung der deutschen Mobilmachung klappte alles so vorzüglich, daß die Schlagfertigkeit der deutschen Truppen gleich von Anbeginn der Kämpfe gesichert war. Deutschland ist nicht umsonst das Land der hochentwickeltesten Organisationen auf allen Gebieten des Lebens. Organisation bedeutet Steigerung der gesellschaftlichen Kräfte durch Einfügung der persönlichen in gemeinsame Interessen und Unterordnung der einzelnen unter den Gemeinnutzen. Ein wohlorganisiertes Volk ist immer kriegerisch und im Ernstfalle unter gleichen Voraussetzungen stärker als ein Volk ohne Organisation. Auch die starken Organisationen der deutschen Arbeiter sind ein gewichtiger Faktor für die Selbstverteidigung des deutschen Volkes; sie haben Millionen in Solidarität und Opferwilligkeit erzogen, in Disziplin geschult, sie daran gewöhnt, das Gemeinwohl dem eigenen Vorteil voranzustellen."

Die hier so treffend geschilderte Bedeutung der Organisation auf allen Gebieten des deutschen Volkslebens trifft ganz besonders in der Kriegszeit auf die Gewerkschaften zu. Im ersten Augenblick, als das Unfassbare eines europäischen Völkerrkrieges zur traurigen Tatsache geworden war, hat die Befürchtung unter der Arbeiterschaft allgemein Platz gegrieffen, daß das Wirken der Gewerkschaftsorganisationen mit einem Schlage aufhören würde, oder daß sie doch in kurzer Zeit durch die ungewohnten Anforderungen, welche die Arbeitslosigkeit an ihre finanzielle Kraft stellt, verbluten müßten. Nichts von diesen Befürchtungen aber ist eingetreten. Gewiß hat zunächst das Ungeheure des Kommenden auf einen Teil der Organisierten lähmend gewirkt, und sie veranlaßt, mit der Beitragszahlung zurückzuhaltten. Durch die Maßnahmen, die aber sofort von allen Verbandsvorständen in die Wege geleitet wurden, um einerseits den Bestand der Organisationen zu sichern und, was die Hauptsache war, die vorhandenen Geldmittel für die Unterstützung der Arbeitslosen in Bewegung zu setzen, ist die Gefahr der Organisationsflucht zum großen Teil behoben worden und diejenigen, welche in Arbeit stehen, erinnerten sich bald ihrer Pflichten gegenüber jenen ungezählten Opfern des Krieges, denen es an Verdienst und Brot fehlt.

Auch unser Verband hat alle diese Pfafen der Kriegsercheinungen durchzumachen gehabt. Die vom Verbandsvorstand bisher getroffenen Maßnahmen haben sich nicht allein als notwendig, sondern auch als richtig erwiesen. Bei dem Stande der über unsern Verband hereingebrochenen Arbeitslosigkeit war zunächst die Kürzung der Unterstützungssätze um 50 Prozent eine gebieterische Notwendigkeit. Nichtsdestoweniger aber soll unsere arbeitslose Kollegenchaft darunter nicht zu leiden haben. Wie der Verbandsvorstand an der Spitze der heutigen Nummer bekannt gibt, tritt eine Verlängerung in der Unterstützungsdauer um 5 Wochen vorläufig ein. Der Vorstand hat hierdurch seine ursprüngliche Absicht verwirklichen können, den arbeitslosen Mitgliedern so lange wie nur irgend möglich Unterstützung zukommen zu lassen. Wenn im Augenblick die Verlängerung der Bezugsdauer nur auf 15 Wochen vorläufig festgesetzt wurde, so aus dem Grunde, weil zunächst all derer gedacht werden muß, die bereits ausgerechnet sind oder demnächst die zehnte Woche Unterstützung erhalten. Eine längere Zeit festzusetzen, muß natürlich angestrebt werden, was aber wieder, wie jetzt schon, von der Opferwilligkeit der in Arbeit stehenden Mitglieder abhängen wird.

Im Gegensatz zu vielen anderen Verbänden, die gleich vom Kriegsbeginn ab die Ausschreibung von Extrabeiträgen vorgenommen haben, hat sich unser Verbandsvorstand jetzt erst dazu entschlossen. Die schon oben betonte Opferwilligkeit unserer Mitglieder ist in vielen Orten durch die Veranstaltung freiwilliger Sammlungen zum Ausdruck gekommen, was jetzt dem Verbandsvorstand seinen diesbezüglichen Beschluß wesentlich erleichtert hat. Es war notwendig, auch in dieser Richtung System in die Sache zu bringen, um die so aufgebrachten Mittel unserer hilfsbedürftigen Kollegenchaft in geregelter Form zuzuführen zu

lassen. Auch soll durch die Ausschreibung der Extrabeiträge eine gleichmäßige Belastung aller eintreten, die in der Lage sind, ihr Scherflein für ihre in großer Not befindlichen Kollegen und Kolleginnen beizutragen. Wir setzen es als selbstverständlich voraus, daß alle unsere Mitglieder fern von jedem kleinlichen persönlichen Egoismus jetzt um so mehr ihre Pflicht tun werden, weil sie wissen, daß unser Verband kräftig genug ist, den Stürmen, die über uns hereingebrochen sind, stand zu halten und hilfsbereit hinter seinen Mitgliedern steht. Jeder Einzelne, der heute noch in Arbeit steht, muß aber auch daran denken, daß er gleichfalls jeden Tag der Gefahr ausgesetzt ist, arbeitslos zu werden und dann auf die Hilfe der Organisation angewiesen ist. Aus all diesen Gründen trage jeder nach Kräften dazu bei, daß unser Verband seine Aufgaben stets weiter erfüllen kann zum Wohle aller seiner Glieder.

Aus der Bahnhalle Leipzig.

Am 11. September fand die erste Funktionärsitzung seit Ausbruch des Krieges statt, welcher eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung am 24. August vorausging. Kollege Schulze schilderte die gegenwärtige Lage für die Mitglieder am Ort, indem er folgendes ausführte:

Die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder während des Krieges gestaltete sich wie folgt: Am Tage der Mobilmachung am 31. Juli waren unter dem normalen Verhältnis 23 männliche und 3 weibliche Mitglieder, insgesamt 26 Personen arbeitslos. Am 8. August betrug die Zahl arbeitsloser Mitglieder 149, am 15. August 256, am 23. August 422 und am 10. September waren bereits 492 Kollegen und Kolleginnen in die Liste unserer Kriegsoffer eingetragen.

Mit dem Stand vom 23. August scheint jedoch der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit überschritten zu sein, obwohl ausgesprochen werden muß, daß die Zahl der arbeitslosen Mitglieder annähernd 600 erreichte, da sich in der Hauptsache nur die unterstützungsberechtigten Mitglieder gemeldet haben.

Der Redner forderte die Funktionäre auf, in den Mitgliederkreisen dahin zu wirken, daß sich alle Arbeitslosen im Bureau melden, um die wirkliche Zahl festzustellen, denn auch für ausgesteuerte und nichtbezugsberechtigte Verbandsmitglieder müssen Notstandsunterstützungen flüssig gemacht werden.

Dem Beispiel anderer Städte ist auch die Stadt Leipzig gefolgt und hat für erwerbslose Leipziger Einwohner folgende Notstandsunterstützungen beschlossen: Auf schriftlichen Antrag hin erhalten Arbeitslose, welche seit dem 1. Juli in Leipzig wohnen und über zwei Wochen ohne Arbeit sind, pro Monat: a) Unverheiratete 16 Mk., b) Verheiratete ohne Kinder, Mann und Frau 20 Mk., c) Verheiratete mit schwacher Familie 24 Mk., d) Verheiratete mit starker Familie 30 Mk.

Unterstützungsberechtigte Verbandsmitglieder werden auf Antrag hin mit einem städtischen Zuschuß unterstützt, so daß Verbands- und Zuschußunterstützung zusammen bis gegen 10 Mk. wöchentlich betragen kann. Antragsformulare auf städtische Unterstützung oder Zuschüsse liegen für Verbandsmitglieder im Bureau aus und werden von der Verwaltung ausgefertigt.

Dank des beiderseitigen Hand-in-Hand-Arbeitens der Arbeitsnachweise war es möglich, in der Zeit vom 23. August 30 Kolleginnen und 38 Kollegen zu vermitteln. Zwei Mitglieder sind krank gemeldet, drei abgereist und weitere 21 Kollegen als landsturmpflichtig zur Fahne einberufen. Zur Entlassung gekommen und im Bureau gemeldet haben sich bis zum 10. September 226 weibliche und 266 männliche Mitglieder, Summa 492. Die Vermittelten abgerechnet verbleiben noch 394 arbeitslose Mitglieder. Wenn sich die Kriegslage nicht zu unseren Ungunsten verschiebt, glauben wir den Höhepunkt der Krise überschritten zu haben. Zum Militärdienst abgerufen haben sich bis zur Stunde 179 Kollegen gemeldet. Die genaue Zahl noch in Arbeit zu ganze oder halbe Tage stehender Mitglieder festzustellen, war infolge zahlreicher Ersatzwahlten von Vertrauensleuten nicht zuverlässig möglich und wird sofort nachgeholt.

Eine Lohnkürzung ist bisher nur in einem Falle bekannt geworden und betrifft fünf Kollegen. Die Firma begründete ihre Handlung unserm Vorsitzenden gegenüber damit, daß es sich um keine produktive Arbeit handelt und willigte in eine Verkürzung der Arbeitszeit auf Grund des reduzierten Lohnes ein mit der Zusage, den bisherigen Lohn sofort zu zahlen, wenn die Produktion einen stärkeren Umfang annimmt.

In einem anderen Betrieb ist auf Betreiben einiger Verbandsmitglieder unser Arbeitsnachweis bei Einstellung von Hilfspersonal umgangen worden. Bei einer Wiederholung werden solche Mitglieder, die ohne Recht Arbeitskräfte vermitteln, aus der Organisation und auch aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen, und dürften demnach von einer tarifreinen Firma nicht mehr beschäftigt werden. (Es handelt sich um einen Hausstarif.)

Lobenswert konnte hervorgehoben werden, daß eine große Zeitungsbruderei, welche die Arbeitsnachweise früher nur selten benützte, während der letzten Wochen neun arbeitslose Kollegen einstellte. Der Vorsitzende ersuchte ferner die Vertrauensleute, ungehäumt jeden Fall zu melden, wenn ein Mitglied in Arbeit steht und während des Krieges seine Beitragszahlung verweigert. Eine solche Handlung sei nicht nur Fahnenflucht, sondern auch Verrat an den im Kampfe befindlichen Verbandsmitgliedern und müsse als solcher gekennzeichnet werden.

Den Funktionären wurde ferner die Frage vorgelegt, ob es nicht an der Zeit wäre, den vollarbeitenden Berufscollegen und Kolleginnen (organisierte und nichtorganisierte) eine praktische Form der Kriegsspende zu empfehlen. Mit einer Ausnahme sprachen sich alle Redner für eine regelmäßige freiwillige Sammlung aus, einzelne Funktionäre erklärten, daß sie um Listen von der Mitarbeiterchaft schon befragt wurden. Der Vorstand erhielt den Auftrag, Sammellisten herauszugeben. Am Ende der Sitzung kamen die Stellvertreter aus 17 Druckereien zur Verlesung, ferner wurden 9 Betriebe festgesetzt, von denen die Vertrauensleute ohne genügende Mitteilung der Sitzung ferngeblieben waren, darunter 5 Betriebe, wo die Mitglieder die jetzige Not noch nicht an eigenen Leiden verspüren und noch voll gearbeitet wird.

Mit Dankesworten an die sonst zahlreich erschienenen vom solidarischen Geiste besetzten Funktionäre wurde die Sitzung vom Kollegen Abend geschlossen.

Dristrankentasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Der Kassenvorstand hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, allen zu Kriegsdienstleistungen eingezogenen Mitgliedern, wenn sie durch Zahlung der Kassenbeiträge sich das Anrecht an die Kassenleistungen erhalten, sowohl im Falle der Verwundung als auch im Falle anderer Erkrankungen das Krankengeld zu zahlen und ferner bei eintretendem Todesfalle, ohne Rücksicht auf die Art des Todes, das Sterbegeld zu gewähren.

Zur Erhebung von Krankengeld muß eine amtliche Bestätigung darüber eingereicht werden, daß der Kranke in einem Lazarett oder sonstwo behandelt und gepflegt wird. In dieser Bestätigung ist erstmalig anzugeben, seit wann die Behandlung und Pflege stattfindet.

Wird der Verletzte oder Kranke nicht in einer Anstalt gepflegt, sondern befindet er sich bei Familienangehörigen oder anderen Privatleuten, so muß die Erwerbsunfähigkeit durch ein ärztliches Attest nachgewiesen werden.

Bei Erhebung von Sterbegeld ist die amtliche Bestätigung des erfolgten Todes einzureichen.

An unsere Postabonnenten.

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher stets nur an den Briefträger oder die zuständige Bestell-Postanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.